© Oliver Franke / Helmut und Loki Schmidt-Stiftung

Abschluss-Dokument Schmidt-Gespräch Nr. 7/2025

Kriegsfähigkeit und Resilienz –

‚Total Defence' in einer wehrhaften Demokratie

HELMUT UND LOKI SCHMIDT STIFTUNG

www.helmut-und-loki-schmidt-stiftung.de

Inhalt

4 Schmidt-Gespräche: Zum Format

5 Schmidt-Gespräch Nr. 7 / 2025: Eckdaten

6 Das Schmidt-Gespräch Nr. 7 / 2025 führten

8 Zusammenfassung Schmidt-Gespräch Nr. 7 / 2025 – Tag 1, erster Teil

17 Zusammenfassung Schmidt-Gespräch Nr. 7 / 2025 – Tag 1, zweiter Teil

21 Zusammenfassung Schmidt-Gespräch Nr. 7 / 2025 – Tag 2

27 Ausblick

29 Anlage: Kurzbiografien der Teilnehmenden – Schmidt-Gespräch Nr. 7 / 2025

Fotos: © Oliver Franke / Helmut und Loki Schmidt-Stiftung, Titel / Außenansicht Haus, S. 2 + S. 26
© Herrmann Jansen / hermannjansen.de / Helmut und Loki Schmidt-Stiftung, S. 8 – 24

Schmidt-Gespräche: Zum Format

Die Helmut und Loki Schmidt-Stiftung hat mit den Schmidt-Gesprächen eine Nutzung des Hauses von Loki und Helmut Schmidt auf den Weg gebracht, die an die Tradition der Freitagsgesellschaft der Stifter anknüpft und deren breites Interesse an öffentlichen Angelegenheiten aufgreift. Die Schmidt-Gespräche bieten den jeweiligen Teilnehmenden einen geschützten Raum für einen unmittelbaren Austausch.

Den Teilnehmenden am siebten Schmidt-Gespräch danken wir sehr für ihre Beiträge im Vorfeld und die Bereitschaft, am Format der Schmidt-Gespräche mitzuwirken. So konnten wir nicht nur zu einem Austausch unter Expertinnen und Experten aus Politik, Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Wirtschaft, sondern auch zu konkreten Anregungen für weitere Aktivitäten der Beteiligten kommen. Auch dieses Gespräch wäre ohne professionelle Hilfe für die Stiftung nicht durchzuführen gewesen. Die wissenschaftliche Vorbereitung, Organisation und Dokumentation wurden von Jannik Luhm, wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Fakultät für Rechtswissenschaft der Universität Hamburg, Lehrstuhl von Professor Kotzur, übernommen, die Moderation von Anna Engelke, stellvertretende Leiterin des ARD-Hauptstadtstudios. In der Konzeptionsphase konnte das Projekt zudem sehr von den fachkundigen Einschätzungen und Hinweisen von Professorin Dr. Ursula Schröder, wissenschaftliche Direktorin des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH), Anna Engelke und unserem Kurator Professor Dr. Karl Kaiser, Belfer Center, Harvard, sowie MdB Metin Hakverdi profitieren. Die Stiftung dankt ihnen allen ganz besonders für ihr Engagement und die Gestaltung des Projekts zusammen mit den wissenschaftlichen Partnern der Universität Hamburg und dem IFSH.

Ein besonderer Dank gilt den zahlreichen Partnern im internationalen Umfeld bei der Suche nach geeigneten Teilnehmerinnen und Teilnehmern – den deutschen Botschaften in den USA und den baltischen Staaten, den konsularischen Vertretungen Schwedens, Finnlands und der Schweiz in Hamburg, dem Hamburg Ambassador Leif H. Sjöström in Stockholm und den Partnern Hamburgs in der Stadtverwaltung Zürich. Die Vielzahl der aktiven Partner im Vorfeld zeigt das breite Interesse an dem Thema, aber auch, wieviel guten Willen und Unterstützung die Stiftung bei ihren Projekten erfährt. Großer Dank gilt auch Charlotte Rühl, die durch Unterstützung des Sekretariats wieder einen wertvollen Beitrag geleistet hat.

Stefan Herms,
Geschäftsführender Vorstand der
Helmut und Loki Schmidt-Stiftung

Schmidt-Gespräch Nr. 7 / 2025: Eckdaten

Das siebte Schmidt-Gespräch „Kriegsfähigkeit und Resilienz – ‚Total Defence' in einer wehrhaften Demokratie" fand vom 23. bis 24. Januar 2025 statt. Thematisch knüpfte die Diskussionsrunde an die Erörterung von Verteidigungsfähigkeit und Resilienz der deutschen Gesellschaft an, die schon bei dem Schmidt Gespräch „Ost – Macht – West" eine Rolle gespielt hatte. Vor dem Hintergrund des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine sowie der neuen US-Administration wurde nunmehr über notwendige Entscheidungen zur (Wieder-)Herstellung der Verteidigungsfähigkeit Deutschlands diskutiert. Anknüpfend an das skandinavische Konzept der Gesamtverteidigung lag der Fokus des Gesprächs nicht nur auf den militärischen, sondern auch auf den zivilgesellschaftlichen Herausforderungen zum Aufbau eines resilienteren Deutschlands. Der Blick auf unsere (europäischen) Partner als mögliche Vorbilder hat sich als besonders ertragreich herausgestellt. In diesem Kontext wurde ebenfalls über die Einführung einer Bürger- bzw. Dienstpflicht diskutiert.

Das Schmidt-Gespräch zur Sicherheitspolitik diente dazu, Hinweise zu geben, welche Konsequenzen aus den Versäumnissen der Vergangenheit gezogen werden müssen. In der Diskussion wurden Impulse in Form von konkreten Handlungsempfehlungen, auch auf Basis der Erfahrungen unserer europäischen und internationalen Partner, in der sicherheitspolitischen Debatte generiert und ein Austausch zwischen Vertretern aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft ermöglicht.

Das Schmidt-Gespräch Nr. 7 / 2025 führten (Tag 1):

- **Thomas Antkowiak**, Bernzen Rechtsanwälte, ehemaliges Vorstandsmitglied und Leiter der Hauptabteilung Interne Dienstleistungen beim Bischöflichen Hilfswerk Misereor

- **Carsten Breuer**, Generalinspekteur der Bundeswehr

- **Anna Engelke**, stellvertretende Leiterin ARD-Hauptstadtstudio (Moderation)

- **Metin Hakverdi**, Mitglied des Deutschen Bundestages (SPD), Vorstandsmitglied Atlantik-Brücke

- **Stefan Herms**, stellvertretender Vorstand und Geschäftsführer der Helmut und Loki Schmidt-Stiftung

- **Prof. Dr. Carlo Masala**, Universität der Bundeswehr München

- **Ina Morgenroth**, Erste Bevollmächtigte und Geschäftsführerin der IG Metall Region Hamburg

- **Maciej Popowski**, Generaldirektor der Generaldirektion Europäischer Katastrophenschutz und humanitäre Hilfe (DG ECHO der EU-Kommission)

- **Juhapekka Rautava**, Militärattaché der finnischen Botschaft in Deutschland

- **Noémie Roten**, Direktorin des Schweizer Vereins zur Förderung des Milizengagements, Präsidentin Initiativkomitee Eidgenössische Volksinitiative „für eine engagierte Schweiz (Service Citoyen-Initiative)“

- **Joachim Ruthe**, Sprecher des Generalinspekteurs der Bundeswehr

- **Prof. Dr. Ursula Schröder**, Direktorin des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH)

- **Jantje Theege**, stellvertretende Geschäftsführerin Deutsches Youth for Understanding Komitee e. V. (YFU)

- **Dr. Ellen Ueberschär**, Vorstand der diakonischen Stephanus-Stiftung

- **Veronika Wand-Danielsson**, Botschafterin des Königreichs Schweden in Deutschland

Das Schmidt-Gespräch Nr. 7 / 2025 führten (Tag 2):

- **Tim Angerer**, Staatsrat der Behörde für Arbeit, Gesundheit, Soziales, Familie und Integration, Hamburg
- **Harald Burghart**, Landesbereichsführer Freiwillige Feuerwehr Hamburg
- **Stefan Herms**, stellvertretender Vorstand und Geschäftsführer der Helmut und Loki Schmidt-Stiftung
- **Kurt Leonards**, Kommandeur des Landeskommandos Hamburg
- **Prof. Dr. Carlo Masala**, Universität der Bundeswehr München
- **Maciej Popowski**, Generaldirektor der Generaldirektion Europäischer Katastrophenschutz und humanitäre Hilfe (DG ECHO der EU-Kommission)
- **Juhapekka Rautava**, Militärattaché der finnischen Botschaft in Deutschland
- **Noémie Roten**, Direktorin des Schweizer Vereins zur Förderung des Milizengagements, Präsidentin Initiativkomitee Eidgenössische Volksinitiative „für eine engagierte Schweiz (Service Citoyen-Initiative)"
- **Kathrin Schuol**, Behörde für Inneres und Sport Hamburg, Leiterin der Abteilung für Öffentliche Sicherheit
- **Anselm Sprandel**, Staatsrat der Behörde für Umwelt, Klima, Energie und Agrarwirtschaft, Hamburg
- **Jantje Theege**, stellvertretende Geschäftsführerin Deutsches Youth for Understanding Komitee e. V. (YFU)
- **Dr. Ellen Ueberschär**, Vorstand der diakonischen Stephanus-Stiftung
- **Dr. Roland Willner**, Amtsleiter Planungsstab der Senatskanzlei Hamburg

Zusammenfassung Schmidt-Gespräch Nr. 7 / 2025 – Tag 1, erster Teil

„Das Problem, vor dem wir stehen, hat noch eine leicht andere Perspektive und das ist ein Mangel an Anpassungsfähigkeit. Wir sind in Teilen status-quo-faul. Anpassungsfähigkeit ist, glaube ich, ein ganz wesentliches Element von Resilienz."

Joachim Ruthe

Status Quo

Militärische Verteidigung

Nach einer kurzen Einleitung durch die Moderatorin Anna Engelke und einer anschließenden Vorstellungsrunde führten erste Bemerkungen zur aktuellen Bedrohungslage durch Russland in die Diskussionsrunde ein. Die unterschiedliche Gefährdungsperzeption, insbesondere im Vergleich der baltischen Staaten zu Deutschland und den südwesteuropäischen Staaten, wurde hervorgehoben. Die Gefährdung durch hybride Bedrohungen, wie Angriffe auf Netzwerke im Cyberraum, Tiefseekabelsabotage oder auch Angriffe auf die Flugsicherung, habe in den letzten Jahren zugenommen. Diese Angriffe dienten als Test der militärischen aber auch zivilen Resilienz. Ziel der Angriffe sei insbesondere, das Vertrauen in den Staat zu untergraben und die Gesellschaft, aber auch Europa zu spalten. Der Sektor zwischen den Zuständigkeiten für die innere und die äußere Sicherheit stelle hierbei eine besondere Schwachstelle dar.

Um dieser Bedrohungslage zu begegnen sei daher ein Ausbau der Koordinierungsmöglichkeiten auf gesamtstaatlicher Ebene notwendig. Darüber hinaus könne aufgrund der politischen Entwicklungen des transatlantischen Verhältnisses auch die Beistandsklausel des NATO-Vertrages nicht mehr als unerschütterlicher Automatismus begriffen werden. Vielmehr sei die eigene Verteidigung zu organisieren, welche es mit den Partnern

„Wir werden schon jetzt mit hybriden Mitteln angegriffen. Das ist nicht mehr weit weg, sondern findet hier bei uns im Land statt."

Carsten Breuer

zu koordinieren gelte. Hierbei sei insbesondere erforderlich, dass die Bundeswehr neben dem aktiven Personal in kürzester Zeit auf ca. 460.000 Soldatinnen und Soldaten anwachsen könne. Daher sei es notwendig, über Möglichkeiten von Wehrdienstmodellen mit dem Ziel zu diskutieren, das Aufwuchspotenzial vor allem mit Hilfe von Reservistinnen und Reservisten zu generieren. Für diesen Zweck sei zunächst die Infrastruktur zur Erfassung der Grundgesamtheit potenzieller Wehrpflichtiger aufzubauen.

„Die Grundannahme in der Bevölkerung ist, wenn jetzt etwas passiert, dann wird uns jemand retten. Aber diese Person gibt es gar nicht, weil die Bevölkerung im Katastrophenfall in einem bestimmten Umfang erst einmal selbst zuständig ist für ihre Selbstfürsorge."

Prof. Dr. Ursula Schröder

Zivile Verteidigung

Darüber hinaus wurde der Status Quo der zivilen Verteidigung beschrieben. Bei dieser sei Deutschland im klassischen Bereich des Bevölkerungs- und Katastrophenschutzes zwar relativ gut auf die bekannten Gefahren vorbereitet. Gleichwohl werde sich immer auf die „letzte (erfahrene) Katastrophe" vorbereitet und daher hauptsächlich auf bekannte Gefahren konzentriert. Das Gefährdungspotenzial, insbesondere auch in Bezug auf den Klimawandel, habe sich indes grundlegend verändert: Es sei keinesfalls linear, sodass die Ausrichtung der zivilen Verteidigung nicht mehr auf Grundlage vorheriger Erfahrungen konzipiert werden könne.

Des Weiteren bestehe die Problematik der Doppelverplanung, bei der bestehende Strukturen für verschiedene Aufgaben, die aber gleichzeitig bewältigt werden müssen, überbeansprucht würden. Hier sei insbesondere die Erwartungshaltung zu individuellen Mitwirkungsnotwendigkeiten und ggfs. -pflichten gegenüber der Bevölkerung deutlicher zu kommunizieren. Auf Mitwirkung der Bevölkerung sei die zivile Bevölkerungs- und Katastrophenschutzinfrastruktur aber massiv angewiesen, auch wenn die Bevölkerung zunächst selbst für ihren Schutz im Sinne einer Selbstfürsorge zuständig sei. Dieses Kommunikationsdefizit verhindere auch Debatten über die individuellen und kollektiven Maßnahmen zum Bevölkerungsschutz, beispielsweise in Form einer Dienstpflicht. Darüber hinaus sei es notwendig, den zivilen Katastrophenschutz stärker zu organisieren, um das gesamtgesellschaftliche Potenzial effizient einzusetzen.

„Die Wiedereinführung von Dienstpflichten muss sich auf die Würde des Menschen und deren Schutz und Sicherheit beziehen und nicht auf die Frage, wie man ein Arbeitskräftemangelproblem löst oder volkserzieherische Zwangsgemeinschaften erzeugt."

Dr. Ellen Ueberschär

„Das Milizsystem ist in unserer Bundesverfassung verankert und meint die individuelle und gesellschaftliche Verantwortung: Jede Person nimmt Verantwortung für sich selber war und trägt nach ihren Kräften zur Bewältigung der Aufgaben im Staat und in der Gesellschaft bei."

Noémie Roten

Dienst- und Wehrpflicht

Im Anschluss an die Schilderung des Status Quo der militärischen und zivilen Sicherheit wurde über die Wiedereinführung einer Dienst- und Wehrpflicht diskutiert. In diesem Kontext wurden zunächst verschiedene Studien angesprochen, in denen sich die Mehrheit der Bevölkerung für die Einführung eines sozialen Dienstjahres ausspricht. Auch unter der jüngeren Bevölkerung gebe es hierfür, wenn auch knappe, Mehrheiten. Gleichwohl wurde die fehlende Infrastruktur für die Einführung einer solchen Dienstpflicht angemahnt. Darüber hinaus wurde die Problematik von Pflichtdiensten, auch vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte, betont. Zu berücksichtigen seien

„In den Niederlanden wurde das geübt. Da wurden alle fünf Jahren ein paar Dörfer evakuiert und da konnte man mal ausprobieren, ob das funktioniert, 20.000 Leute innerhalb von 48 Stunden zu evakuieren, die dann in Turnhallen leben. Ich habe mir überlegt, was würde in Hamburg wohl passieren, wenn man solche Übungen ansetzt."

Stefan Herms

„Die Frage ist, fühlen sich wirklich alle bedroht. Die Frage kann man getrost mit Nein beantworten. Ganz viele fühlen sich nicht bedroht. So einfach ist das."

Metin Hakverdi

andererseits aber auch demokratiefördernde Auswirkungen, Selbstwirksamkeitserfahrungen sowie eine Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts als Teil der zivilen Resilienz. Es wurde auf ernstzunehmende Beiträge in der öffentlichen Diskussion verwiesen, die Arbeit in sozialen Kontexten und eine Wehrpflicht als Schmelztiegel kulturell entgegengesetzter Gruppierungen sehen, was auf mögliche Pflichtdienste zu übertragen sei. Auch die intergenerationelle Dimension der Entscheidungsfindung – welche Alterskohorte der Bevölkerung leistet wann etwas für wen – wurde angesprochen.

„Wir haben noch nicht die Potentiale für Freiwilligendienste gehoben, die es wirklich gibt."

Thomas Antkowiak

Soziale Dienste

Bezüglich möglicher sozialer Dienste wurde zunächst angemahnt, dass die möglichen Potenziale für Freiwilligendienste noch nicht ausgeschöpft werden. Als eine Ursache wurden die derzeitigen Bedingungen kritisiert, die ein selbstständiges Tragen der Lebenshaltungskosten nicht ermöglichen. Damit stehe ein Freiwilligendienst hauptsächlich Personen offen, deren familiäres Umfeld die Kosten trägt. Auch die pädagogische Begleitung dieser Dienste müsse für ein Gelingen ausgebaut werden. Gleichzeitig wurde festgestellt, dass – trotz möglicher größerer Potenziale – in Deutschland bereits ein großes ehrenamtliches Engagement vorhanden ist.

Darüber hinaus wurde die Professionalisierung der Arbeit, insbesondere in den Pflegeberufen, angesprochen. Dies reduziere in einigen Bereichen die Möglichkeit, ungelernte Hilfskräfte einzusetzen, erheblich. Bedenken gegenüber einer vermeintlichen Schwächung des Arbeitsmarktes aufgrund der Verzögerung des Eintritts von Nachwuchskohorten wurden indes nicht geteilt. Zudem wurde auch die weitreichende Dimension des mit einer Dienstpflicht einhergehenden Grundrechtseingriffs hervorgehoben. Dieser sei ausschließlich durch höchstrangige Rechtsgüter und keinesfalls mit volkspädagogischen Gründen zu rechtfertigen.

„Für die Stärkung von zivilgesellschaftlichem Engagement müssen die Rahmenbedingungen stimmen. Ein verpflichtendes Jahr zum Dienst an der Gesellschaft ist weniger dringend, wenn entsprechende Strukturen und finanzielle Impulse das Ehrenamt ausreichend fördern. In Deutschland ist das aktuell nicht der Fall."

Jantje Theege

Aufbau einer resilienteren Gesellschaft

Auch lokale Organisationen könnten als mögliche Vorbilder für eine resiliente Gesellschaft dienen, die unter Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger funktionieren. Als Beispiele wurden die norddeutschen Deich- und Poldergemeinschaften zur gemeinschaftlich verpflichtenden Organisation von Entwässerungsnotwendigkeiten bestimmter Landschaften und zum Hochwasserschutz genannt. Darüber hinaus könnte auch in diesem Bereich auf die Erfahrungen unser (europäischen) Partner geblickt werden, bei denen die Bedeutung existenzieller Bedrohungen z. B. durch Hochwasser stärker in der gesellschaftlichen Debatte präsent sei.

„Ich glaube, Resilienz in Deutschland zu stärken, wäre das Fazit, was mir einfallen würde als ganz, ganz grober gemeinsamer Nenner."

Anna Engelke

Trotz bestehender Mängel seien positive Tendenzen hin zu einem verstärkten Engagement etwa beim Technischen Hilfswerk und in Feuerwehren zu beobachten. Diese Entwicklung werde offenbar durch den russischen Angriffskrieg mitverursacht. Gleichwohl bestünden vor allem im Bereich der Anpassungsfähigkeit gravierende Defizite.

Es wurde vorgeschlagen, die Bürgerinnen und Bürgern stärker in die Prozesse der Erkenntnis- und Entscheidungsfindung mit einzubeziehen, um Transparenz über die Notwendigkeiten der Bürgerbeteiligung zu schaffen. Es sei insbesondere notwendig, die Gefährdungsperzeption der Bevölkerung an die Realität anzugleichen, um die intrinsische Motivation der Bevölkerung zu aktivieren. Ein resilienter Staat sei auf aktive, informierte und dadurch resiliente Individuen angewiesen. Ein Umdenken müsse jedoch nicht nur beim Staat und den Individuen, sondern ebenfalls bei anderen gesellschaftlichen Akteuren wie der Wirtschaft erfolgen. In diesem Kontext wurde

angeregt, die Debatte in eine breitere Öffentlichkeit, unter Einschluss etwa der zivilgesellschaftlichen Akteure wie den Kirchen, den Gewerkschaften, Kammern und dem Verbands- und Vereinswesen zu führen. Gleichzeitig wurde der deutschen Gesellschaft

„Es bedarf einen Wandel in der Politik, nämlich weg von diesem ‚Macht euch keine Sorgen, wir regeln das schon', zu ‚Wir tun alles dafür, aber wir brauchen euch.'"

Prof. Dr. Carlo Masala

eine gewisse Krisenmüdigkeit attestiert, die aus den Multikrisen der vergangenen Jahre resultiere und bis heute die Gesellschaft in Teilen spalte.

Zusammenfassung Schmidt-Gespräch Nr. 7 / 2025 – Tag 1, zweiter Teil

Blick nach außen

Nach einer kurzen Pause zum informellen Austausch widmete sich der zweite Teil der Diskussionsrunde der internationalen Perspektive. Hierfür wurde der Fokus auf die internationalen Gäste und ihre Sicht auf Verteidigungsfähigkeit und Resilienz in ihren Ländern sowie ihr Blick auf Deutschland gelegt. Es wurde deutlich, dass insbesondere die skandinavischen Länder den Ansatz der Gesamtverteidigung verfolgen. Aus den Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges entstammend, werden die Säulen der militärischen und der zivilen Verteidigung zusammengedacht. Das Konzept der Gesamtverteidigung könne als Seil verstanden werden, in dem verschiedene einzelne Stränge miteinander verflochten sind, um ein widerstandsfähiges, resilientes Ganzes zu ergeben. Auch in einigen der skandinavischen Länder sei nach dem Ende des Kalten Krieges die Wahrnehmung zu beobachten gewesen, man könne eine Art „Friedensdividende" in Anspruch nehmen. Gleichwohl verändere sich in den letzten Jahren die Ausrichtung der Politik hin zu einem stärkeren Fokus auf Verteidigungsfähigkeit und Resilienz, wie auch der Beitritt Schwedens und Finnlands zur NATO zeige.

„Wir haben eine Diskussion mit den finnischen Brüdern und Schwestern, ob wir unser Konzept der Totalverteidigung als Gesamtverteidigung übersetzen, um den Deutschen entgegenzukommen, denn die sind ja ein bisschen empfindlich. Das habe ich jetzt wieder bestätigt bekommen, aber deshalb bleibe ich bei Totalverteidigung. We have to make the point."

Veronika Wand-Danielsson

Anders als in der deutschen Debatte habe bereits die völkerrechtswidrige Annexion der Krim 2014 die skandinavische Zeitenwende markiert. Darüber hinaus herrsche in den skandinavischen Ländern ein anderes Verständnis für die Notwendigkeit der Verteidigungsfähigkeit und die daraus resultierenden individuellen Freiheitseinschnitte. Diese würden von der Bevölkerung mitgetragen. Entsprechend wären Strukturen verändert

worden, sodass beispielsweise Schweden nun einen zivilen Verteidigungsminister neben seinem militärischen Counterpart hat.

Auf der Ebene der europäischen Union sei ebenfalls ein drastischer Wandel zu beobachten. Sicherheit sei nun ein Hauptthema der Union. Im Rahmen der Neuausrichtung der unionalen Sicherheitspolitik werde Sicherheit ganzheitlich betrachtet und orientiere sich an dem skandinavischen Konzept der Gesamtverteidigung. Dies sei auf der Ebene der militärischen Kooperation, aber auch im Bereich der zivilen Katastrophenhilfe zu beobachten. Der notwendige Wandel müsse dabei ressortübergreifend und gesamtgesellschaftlich erfolgen und den europäischen Mehrwert verdeutlichen, könne indes auf der derzeitigen vertraglichen Basis ohne Vertragsänderung erfolgen.

„So a resilient society, in our mind, is like a rope. If you think what is the rope's structure, there are smaller strings there and it's all intertwined. All the functions are working together to keep that society safe."

Juhapekka Rautava

Blick von außen

Auch in Deutschland werde bei einem großen Teil der Bevölkerung ein Umdenken nach dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine wahrgenommen. Dennoch seien Wellenbewegungen zu beobachten, in denen das Thema Sicherheit mal auf dem Wellenkamm, mal im Wellental liege. Insbesondere am Anfang des Krieges seien fundamentale Entscheidungen getroffen worden. Gleichwohl sei ein Teil der Gesellschaft mental, auch aufgrund der erfolgreichen Verteidigung der ukrainischen Streitkräfte, in Friedenszeiten zurückgekehrt.

Bemerkenswert seien die Unterschiede zwischen dem deutschen Russlandbild, das auf im 19. Jahrhundert fundierten Mentalitäten und Einstellungen insbesondere im

bürgerlichen Lager zurückgehe, und dem der anderen ost- und nordeuropäischen Länder. Dies zeige sich aktuell insbesondere am Beispiel des Projekts Nord-Stream 2. Dieses sei noch nach der Annexion der Krim durch die deutsche Politik, aber auch die Wirtschaft aktiv betrieben worden. Der Unterschied zeige sich auch in der Haltung einiger Parteien in Deutschland, die trotz des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine an ihrem Russlandbild und ihren Vorstellungen von möglichen Beziehungen zu Russland festhielten. Solche Tendenzen seien in den skandinavischen und baltischen Staaten nicht zu beobachten. Auch in anderen Teilen Süd- und Westeuropas sei das positive deutsche Russlandbild vorherrschend gewesen. Darüber hinaus sei auch das Bild des Militärdienstes in vielen europäischen Staaten positiv konnotiert, während in Deutschland eine – geschichtlich bedingte – Skepsis oder gar Ablehnung gegenüber dem Militär bestünde.

Deutschland sollte sich verstärkt auf die Kooperation der verschiedenen Akteure im Sicherheitsbereich konzentrieren, um die gleichen Aufgaben nicht mehrfach zu erledigen und somit die begrenzten Ressourcen zu schonen. Auch für die gesellschaftliche Sicherheit als notwendig akzeptierte Verhaltensweisen und Einschränkungen (ein „Verteidigungsethos") seien in Deutschland hinsichtlich der Verteidigung vergleichsweise wenig ausgeprägt. Dies könne sich jedoch durch die aktuellen Ereignisse verändern. Als Beispiele von öffentlich vermittelten und akzeptierten Vorsorgenotwendigkeiten wurden die Hinweise im skandinavischen Raum auf die Notwendigkeit eines individuellen Notvorrats an Wasser und Lebensmitteln genannt.

„Sehr lange Zeit war Verteidigung oder Verteidigungspolitik für die Brüsseler Welt ein Schmutzwort. Man konnte damit nichts anfangen. Und jetzt werden mit EU-Geldern Waffen gekauft."

Maciej Popowski

Wehrpflichtmodelle

Im weiteren Verlauf des Gesprächs wurden verschiedene Wehrpflichtmodelle diskutiert. Hierbei wurde auf die Länder der internationalen Gäste Bezug genommen. Derzeit gebe es vermehrt eine Debatte, ob auch Frauen zum Wehrdienst verpflichtet werden sollen. Diese Debatte sei in Schweden bereits abgeschlossen und zugunsten einer Einbeziehung der Frauen entschieden. Insgesamt wurden die Problematik hinreichender Ressourcen sowie die Notwendigkeit einer intrinsischen Motivation der Wehrdienstleistenden angesprochen, die es zu fördern gelte. Darüber hinaus wurde betont, dass auch im Bereich der Wehrpflichtmodelle die zivile Komponente immer mitzudenken sei. Es herrschte Einigkeit, dass die Debatte über eine mögliche Wehrpflicht in der deutschen Öffentlichkeit unter breiter Beteiligung von Wirtschaft und Zivilgesellschaft, wie den Kirchen und den Gewerkschaften, geführt werden müsse.

„Es verlässt sich jeder auf jeden anderen und am Ende doch auf die Politik. Wir benötigen aber insgesamt eine resiliente Gesellschaft. Um Resilienz herzustellen, bedarf es neben der Selbstverantwortung des Individuums auch einer Verantwortung von Unternehmen und Konzernen, sich resilient aufzustellen und damit Beschäftigung zu sichern sowie des Staates in Bezug auf die Sicherstellung kritischer Infrastruktur."

Ina Morgenroth

Zusammenfassung Schmidt-Gespräch Nr. 7 / 2025 – Tag 2

Am zweiten Tag des Schmidt-Gesprächs setzte sich die Runde unter der Moderation von Professor Carlo Masala mit den lokalen Herausforderungen einer resilienten Gesellschaft auseinander. Hierzu traten einige Hamburger Akteure der Diskussionsrunde bei. Zunächst wurden die Themen des ersten Tages für die neu hinzugekommenen Teilnehmenden referiert und ein Bezug zu den praktischen Herausforderungen der

„Wie viele Töchter und Söhne aus bildungsorientierten Kohorten gehen zur Bundeswehr? Die Bundeswehr ist kein Spiegelbild der Gesellschaft mehr."

Kurt Leonards

lokalen Akteure hergestellt. Ein besonderer Fokus lag auf den länderspezifischen Verteidigungskonzepten, insbesondere dem Konzept der Gesamtverteidigung in Schweden und Finnland. In diesem Kontext wurde betont, dass die Bürgerinnen und Bürger

„Die Identität mit dem Staat hängt viel damit zusammen, ob man den Staat als etwas Funktionales wahrnimmt oder nicht."

Dr. Roland Willner

„Ich bin der Älteste von meinen Geschwistern. Meine Eltern haben sich nie mit der Bundeswehr beschäftigt bis zu dem Moment, wo ich hingegangen bin. Und das ist auch eine Sache, wie man das Ganze kommunizieren kann – Identität herstellen."

Harald Burghart

für den Aufbau einer resilienten Gesellschaft in die Verantwortung genommen werden müssen, und problematisiert, wie die Bevölkerung zum Engagement zu motivieren und ob ein Pflichtdienst Teil einer Lösung sein könnte.

In diesem Zusammenhang wurde der mögliche Ablauf der Diskussion in Deutschland angesprochen. Ist, mit Rücksicht auf die Gefährdungsperzeption der Bevölkerung, eine gesellschaftliche Debatte über Pflichtdienste notwendig? Oder ist die Bevölkerung dafür nicht schon bereit und warte lediglich auf die politische Entscheidung? Darüber hinaus wurde die Problematik der Wehrgerechtigkeit betont. Auch die Notwendigkeit der Identitfikation mit dem Staat als Voraussetzung für ehrenamtliches oder

„Wir müssen in der Lage sein, umzuschalten, wenn wir merken, wir geraten in eine Krise."

Anselm Sprandel

„Mein Sohn hat in einem Gespräch über die heutige Runde gesagt, ‚Papa ich bin kein Pazifist, ich würde schon die Waffe in die Hand nehmen, ich möchte aber genau verstehen warum.'"

Tim Angerer

verpflichtendes Engagement wurde vertieft in den Blick genommen. Übereinstimmend wurde vertreten, dass der Staat als Identifikationsobjekt als funktional wahrgenommen werden müsse. Zudem wurde vertreten, dass eine Dienst- bzw. Wehrpflicht auch ein integrierender Faktor und ein identitätsstiftendes Element für die Bürgerinnen und Bürger in einer zunehmend von Zuwanderung geprägten Gesellschaft sein könne.

Im weiteren Verlauf des Gesprächs wurde betont, dass Hamburg als große Hafenstadt und Logistikzentrum das Ziel (hybrider) Bedrohungen sei und daher der Aufbau von Resilienz in all ihren Facetten verstärkt in den Fokus genommen werden müsse. Dies sei in der Hamburger Bevölkerung offen zu diskutieren. In Hamburg sei zwar eine große

„Wir kommen aus einer Zeit, wo sich jeder Mensch beim Staat abgibt."

Kathrin Schuol

Hilfsbereitschaft bei (Natur-)Katastrophen zu beobachten. Diese Hilfsbereitschaft gelte es jedoch verstärkt zu fundieren und zu fördern. Es bestand Einigkeit, dass ein Transfer dieser Thematik in die Schule z. B. durch regelmäßige Kontakte zu Organisationen wie dem Technischen Hilfswerk und der Freiwilligen Feuerwehr als lokalen Partnern für ein konkretes Engagement für die Gemeinschaft hier eine Möglichkeit sein könne. Die letzten Krisen, wie die Coronapandemie und die Energiekrise als Folge des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine, haben die Hansestadt zwar vor große Herausforderungen gestellt, welche jedoch erfolgreich gemeistert worden seien und zu Veränderungen in der Struktur des Krisenmanagements geführt hätten. In der öffentlichen Debatte müsse zudem eine Balance zwischen dem realistischen Vermitteln von Bedrohungen und einer zurückhaltenden Kommunikation verfolgt werden. Hierbei sei vor allem die jüngere Generation miteinzubeziehen. Wichtig sei eine klare politische Zielsetzung möglicher Pflichten, die unter einem verständlichen und gerechten Interessensausgleich erfolgen müsse.

Ausblick

Resilienz ist eines der zentralen Themen, denen sich die bundesrepublikanische Gesellschaft in den kommenden Jahren stellen wird. Wie kriegen wir, angesichts der äußeren und inneren Bedrohung für die staatliche und gesellschaftliche Sicherheit Deutschlands, unsere Gesellschaft dazu, widerstandsfähiger zu werden und mit möglichen Schocks oder Disruptionen des alltäglichen Lebens umzugehen, um so die Funktionsfähigkeit unserer Gesellschaft zumindest rudimentär aufrecht zu erhalten? Diesen Themen widmete sich das Schmidt-Gespräch am 23. und 24. Januar 2025.

Während am ersten Tag eher abstraktere Themen die Debatte kennzeichneten (Was ist Resilienz? Wozu brauchen wir sie? Was kann man als best practice von anderen Staaten lernen?) wurde es am zweiten Tag konkreter, weil es lokaler wurde. Die anwesenden Expertinnen und Experten diskutierten mit Vertretern der Hamburger Senatsverwaltung die konkreten Schritte, wie die Hansestadt in all ihrer gesellschaftlichen Vielfältigkeit resilienter werden könnte.

Und hier liegen die Anknüpfungspunkte für die Fortführung des angestoßenen Dialoges: Menschen aus Verwaltung, Lokalpolitik, Mitglieder gesellschaftlicher Organisationen (Kirchen, Gewerkschaften, Lehrerverbänden etc.), Unternehmen, Betreiber kritischer Infrastruktur mit Experten und Expertinnen zusammenzubringen, um anhand ganz konkreter funktionaler Bereiche, Fragen der Schaffung oder Aufrechterhaltung von Resilienz zu erörterten. Es geht dabei um die Mikroebene der Resilienz. Wie erreiche ich Menschen? Wie überzeuge ich sie von der Notwendigkeit, resilienter zu werden? Wie stärke ich das Ehrenamt in den Organisationen, die für die Herstellung der Resilienz entscheidend sind? Wie schütze ich Unternehmen besser? Welche technischen Möglichkeiten existieren für die Stärkung der Resilienz und wie sind sie für entsprechende Unternehmen gewinnbringend einzusetzen?

Dies sind alles Fragen, die beantwortet werden müssen, um die Resilienz vor Ort zu einem Thema der gesellschaftlichen Debatte zu machen und sie darüber hinaus zu stärken.

Obgleich es stimmt, dass Resilienz ein gesamtgesellschaftliches Thema ist, ist ihre Herstellung und Stärkung von der Bereitschaft vor Ort abhängig. Hier kann die Helmut und Loki Schmidt-Stiftung einen wichtigen Beitrag für Hamburg und darüber hinaus leisten.

Prof. Dr. Carlo Masala,
Leiter der Professur für Internationale Politik an der Universität der Bundeswehr München

Anl. 1: Kurzbiografien der Teilnehmenden – Schmidt-Gespräch 7 / 2025

Thomas Antkowiak

Thomas Antkowiak ist Volljurist und war von 2006 bis zum Eintritt in den Ruhestand 2023 Vorstandsmitglied und Leiter der Hauptabteilung Interne Dienstleistungen beim Bischöflichen Hilfswerk Misereor e. V.

In dieser Funktion trug er die Verantwortung für zentrale Bereiche wie Personal, Finanzen, Organisation und Informationstechnologie. Er studierte in Göttingen Rechtswissenschaften und begann seine Karriere zunächst als geschäftsführender Direktor für das Jugendhaus Düsseldorf, die Bundeszentrale für katholische Jugendarbeit. Zudem war er stellvertretender Vorsitzender von AGIAMONDO, dem Personaldienst der deutschen Katholiken und Katholikinnen für internationale Zusammenarbeit. Seit Kurzem arbeitet er bei Bernzen Rechtsanwälte.

Carsten Breuer

Carsten Breuer ist General des Heeres der Bundeswehr und seit 2023 als Generalinspekteur der Bundeswehr ranghöchster Soldat Deutschlands sowie militärischer Hauptberater der Bundesregierung. Er trat 1984 in die Bundeswehr ein und absolvierte zunächst die Offiziersausbildung an der Heeresflugabwehrschule in Rendsburg. Anschließend wurde er zum Studium der Pädagogik an die Universität der Bundeswehr Hamburg versetzt, welches er 1988 als Diplom-Pädagoge (univ.) abschloss. Breuer wurde in verschiedenen Führungspositionen eingesetzt und war von 2021 bis 2023 u. a. als Leiter des Territorialen Führungskommandos der Bundeswehr zuständig für die militärische Unterstützung im Inland wie z. B. die Koordination von Katastropheneinsätzen. Während der Corona-Pandemie führte Breuer den Corona-Krisenstab der Bundesregierung, dessen Ziel eine verbesserte Koordinierung der gesamtstaatlichen Pandemiebekämpfung war.

Anna Engelke

Anna Engelke ist deutsche Journalistin mit einem Schwerpunkt in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Sie ist seit 2022 Co-Gastgeberin des NDR Info-Podcasts „Streitkräfte und Strategien" und leitet seit Juli 2024 die Gemeinschaftsredaktion Radio im ARD-Hauptstadtstudio in Berlin. Sie studierte Betriebswirtschaftslehre an der Berufsakademie in Mannheim und absolvierte daneben eine Ausbildung bei Siemens-Nixdorf. Ihre Karriere als Journalistin begann sie zunächst bei der Westfalenpost in Menden

und wechselte anschließend erst zum WDR und dann zum NDR, wo sie viele Jahre als Korrespondentin aus Bonn, Berlin und Washington D.C. berichtete. Von 2017 bis 2022 wurde sie als Sprecherin des Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier von ihrer journalistischen Tätigkeit freigestellt.

Metin Hakverdi

Metin Hakverdi ist Volljurist und seit 2013 Abgeordneter der SPD für den Wahlkreis Hamburg-Bergedorf im Deutschen Bundestag. Er studierte an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel sowie an der School of Law der Indiana University (USA). Von 2008 bis 2013 war er Mitglied der Hamburger Bürgerschaft. Innerhalb der SPD-Bundestagsfraktion ist er Vorsitzender des Gesprächskreises für USA/Nordamerika und stellvertretender Vorsitzender der Parlamentariergruppe USA. Außerdem ist er im Haushaltsausschuss und in weiteren Bundestagsgremien aktiv, u. a. in den Bereichen Europa- und Verkehrspolitik. Seine politischen Schwerpunkte liegen in den Beziehungen zu den USA, China und Russland sowie in der europäischen Integration. Als Mitglied der Atlantik-Brücke setzt er sich insbesondere für starke transatlantische Beziehungen ein. Er ist Mitglied der Europa-Union Deutschland und engagiert sich ehrenamtlich im Technischen Hilfswerk sowie in der THW-Stiftung.

Stefan Herms

Herr Herms ist stellvertretender Vorstand und Geschäftsführer der Helmut und Loki Schmidt–Stiftung. Nach rechtwissenschaftlichem Studium und Staatsexamina war er u. a. in Wissenschafts- und Forschungsverwaltung auf Bundes- und Landesebene tätig und schließlich über viele Jahre Leiter des zur Senatskanzlei Hamburg gehörigen Staatsamts. In dieser Funktion war er zuständig für die Europapolitik des Senats, Hamburgs Städtepartnerschaften und weitere Themen der internationalen Zusammenarbeit.

Professor Dr. Carlo Masala

Carlo Masala ist Politikwissenschaftler und Experte für internationale Beziehungen sowie Sicherheitspolitik. Er absolvierte ein Studium in Politikwissenschaften sowie in Deutscher und Romanischer Philologie. Seit 2007 lehrt er an der Universität der Bundeswehr München mit Schwerpunkten auf den Gebieten der internationalen sowie transatlantischen Beziehungen und der Sicherheitspolitik. Er ist Mitglied im wissenschaftlichen Beirat der Bundesakademie für Sicherheitspolitik sowie ständiger Sachverständiger in der Enquête-Kommission des Deutschen Bundestags zum Afghanistaneinsatz. Seit 2018 ist er außerdem Co-Host des Podcasts Sicherheitshalber. Zudem ist

er in der Öffentlichkeit als Kommentator und Analyst für sicherheitspolitische Fragen bekannt, insbesondere zu Themen wie Geopolitik, NATO, europäische Sicherheit und Konfliktforschung.

Ina Morgenroth

Ina Morgenroth ist die Erste Bevollmächtigte und Geschäftsführerin der IG Metall Region Hamburg. In dieser Funktion vertritt sie die Interessen der Gewerkschaftsmitglieder in der Region und setzt sich für Arbeitnehmerrechte ein. Zudem ist sie Beisitzerin im Landesvorstand der SPD Hamburg. Sie studierte an der Akademie der Arbeit und begann ihre Karriere als Industriekauffrau zunächst bei der STILL GmbH in Hamburg. Seit 2001 ist sie für die IG Metall tätig.

Maciej Popowski

Maciej Popowski ist polnischer Diplomat und seit März 2023 Generaldirektor der Generaldirektion Europäischer Katastrophenschutz und humanitäre Hilfe (DG ECHO) der Europäischen Kommission. Er studierte deutsche und niederländische Literatur an der Universität Wroclaw in Polen und begann seine Karriere im polnischen Außenministerium. Dort bekleidete er u. a. das Amt des stellvertretenden Leiters der Ständigen Vertretung Polens bei der Europäischen Union. Im Jahr 2008 wechselte er zur Europäischen Kommission als Direktor der Generaldirektion Entwicklung und arbeitete dort später als stellvertretender Direktor der Generaldirektion für Nachbarschaftspolitik und Erweiterungsverhandlungen (NEAR).

Juhapekka Rautava

Juhapekka Rautava ist Kapitän zur See und bekleidet seit August 2024 das Amt des Verteidigungsattachés für Finnland in Deutschland und den Niederlanden. Nach seinem Abitur im Jahr 1986 begann er seine Offiziersausbildung bei der finnischen Marine und erwarb später einen Master im Bereich Systems Engineering for Defence am Defence College of Management and Technology in Großbritannien. Vor seiner Zeit als Verteidigungsattaché war er u. a. Kommandeur der Marineschule, Referatsleiter im Oberkommando, als Kommandeur des 7. Raketengeschwaders sowie von 2009 bis 2012 als Staboffizier bei dem Centre of Excellence for Operations in Confined and Shallow Waters (COE CSW) in Kiel tätig. Für seine Arbeit wurde er mit der Verdienstmedaille der Verteidigungskräfte, der Verteidigungsmedaille mit goldener Spange sowie mit zahlreichen Verdienstkreuzen ausgezeichnet.

In seiner aktuellen Rolle repräsentiert Kommodore Rautava den Befehlshaber der finnischen Verteidigungskräfte in Deutschland und den Niederlanden. Zu seinen Aufgaben gehören die Berichterstattung über sicherheitspolitische und militärische Entwicklungen sowie die Beratung der Botschafter in verteidigungspolitischen Fragen.

Noémie Roten

Noémie Roten ist Direktorin des Schweizer Vereins zur Förderung des Milizengagements und Präsidentin des Initiativkomitees der eidgenössischen Volksinitiative „für eine engagierte Schweiz (Service Citoyen-Initiative)". Einer Initiative, die will, dass alle junge Menschen als Teil der Grundausbildung einen zeitgemässen Einsatz (Gemeinschaftsdienst) zugunsten der Allgemeinheit und der Umwelt leisten, sei es Militärdienst, Zivilschutz, Zivildienst oder ein anderes Milizengagement. Sie studierte an der Universität St. Gallen (BA Economics) und der London School of Economics and Political Science (M.Sc. Philosophy and Public Policy). Außerdem ist sie Referentin, Moderatorin und Militärrichterin.

Joachim Ruthe

Joachim Ruthe trat 2003 in die Bundeswehr ein und absolvierte eine Ausbildung zum Infanterieoffizier. Anschließend schloss er sein Studium der Staats- und Sozialwissenschaften ab (2006 – 2009). Sodann erfolgte ein Einsatz als Zugführer und Kompaniechef in der Infanterie (dabei Einsatz als Infanteriezugführer in Kunduz, Afghanistan 2011). Von 2016 – 2018 absolvierte er einen Generalstabslehrgang in Hamburg und war anschließend G3 der Gebirgsjägerbrigade 23 und verantwortlich für Operationsplanung und Ausbildung. Zudem erfolgte 2020 – 2022 seine US-Generalstabsausbildung in Fort Leavenworth, Kansas. Seit dem Abschluss der US-Generalstabsausbildung arbeitet er im Verteidigungsministerium und ist seit Dezember 2023 Sprecher des Generalinspekteurs der Bundeswehr.

Professorin Dr. Ursula Schröder

Ursula Schröder ist Expertin im Bereich der Friedens- und Sicherheitspolitik und seit 2017 Wissenschaftliche Direktorin des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik (IFSH) an der Universität Hamburg. Dort lehrt sie als Professorin für Politikwissenschaft mit dem Schwerpunkt Friedensforschung und Sicherheitspolitik. Zuvor war sie als Professorin für internationale Sicherheitspolitik am Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft der Freien Universität Berlin tätig. Ihr Studium absolvierte sie an der Humboldt-Universität zu Berlin, der Freien Universität Berlin sowie der University of Wales in Aberystwyth und promovierte anschließend am Europäischen

Hochschulinstitut (EUI) in Florenz. Seitdem forscht sie insbesondere zur Entstehung und zum Wandel staatlicher und überstaatlicher Friedens- und Sicherheitsordnungen in Europa und darüber hinaus.

Jantje Theege

Jantje Theege hat einen akademischen Hintergrund in Sprach- und Medienwissenschaften (Universität Hamburg, University College London) sowie Fundraising und Non-Profit-Management (Frankfurt und Washington DC). Sie ist tätig im Bereich des internationalen Schüler- und Jugendaustauschs und setzt sich für die Integration interkulturellen Lernens in das deutsche Bildungssystem ein. Als Teil der Geschäftsführung des Deutschen Youth For Understanding Komitees e. V. (YFU) engagiert sie sich dafür, dass junge Menschen durch Austauschprogramme nicht nur sprachliche, sondern vor allem globale Kompetenzen erwerben, die in einer zunehmend vernetzten Welt essenziell sind. Mit einem strategischen Ansatz arbeitet sie daran, den Dialog mit Entscheidungsträgern aus Politik und Verwaltung auf Bundes- und Landesebene voranzutreiben, damit sich langfristig die Rahmenbedingungen für interkulturelles Lernen verbessern. Um mehr Bildungsgerechtigkeit im Jugend- und Schüleraustausch zu erreichen, setzt sie auf nachhaltige Kooperationen und den Aufbau strategischer Partnerschaften mit Institutionen wie Stiftungen, Unternehmen, Ministerien und Botschaften. Dabei bringt sie ihre umfangreiche Erfahrung als Fundraiserin und Organisationsentwicklerin ein.

Dr. Ellen Ueberschär

Ellen Ueberschär ist Theologin und seit 2022 Mitglied im Vorstand der diakonischen Stephanus-Stiftung. Nach ihrem Abitur absolvierte sie zunächst eine Ausbildung als Facharbeiterin für Datenverarbeitung und später das Studium der Theologie am Sprachenkonvikt Berlin. Ihre Karriere begann sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin im Bereich der Theologie der Universität Marburg, wo sie im Jahr 2002 zu einem Thema der kirchlichen Zeitgeschichte promovierte. Von 2006 bis 2017 war sie Generalsekretärin des Deutschen Evangelischen Kirchentages in Fulda. Anschließend gehörte sie bis 2022 dem Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung an. Im Januar 2021 verfasste sie gemeinsam mit einem Bündnis von Publizisten einen Aufruf für eine ambitioniertere deutsche Außenpolitik gegenüber den USA im Bereich des Klimaschutzes und der Sicherheitspolitik.

Veronika Wand-Danielsson

Veronika Wand-Danielsson ist eine schwedische Diplomatin und bekleidet seit September 2023 das Amt der schwedischen Botschafterin in der Bundesrepublik

Deutschland. Sie studierte Politikwissenschaft an der Universität Stockholm und erwarb anschließend das Certificat d'Etudes politiques des Instituts für politische Studien Paris (IEP). Ihre Karriere begann sie als Beraterin beim OECD DAC Development Zentrum in Paris. Im Jahr 1990 wechselte sie ins schwedische Außenministerium, wo sie für die schwedische Zusammenarbeit mit dem UN-Drogenkontrollprogramm (UNDCP) verantwortlich war. Anschließend wurde sie zur Europäischen Union entsandt, wo sie zunächst im Bereich der Drogenbekämpfung tätig war und später als Gesandte-Botschaftsrätin an der Ständigen Vertretung Schwedens Verantwortung für die Länder der Balkanregion übernahm. 2007 wurde sie Botschafterin und Missionschefin Schwedens bei der NATO und vertrat von 2014 bis 2020 ihr Land als Botschafterin in Frankreich und Monaco. Anschließend übernahm sie die Leitung der Amerika-Abteilung im schwedischen Außenministerium, wo sie für die Beziehungen Schwedens mit den Ländern Nord- und Lateinamerikas zuständig war.

Tim Angerer

Tim Angerer ist seit Dezember 2022 als Staatsrat in der Behörde für Arbeit, Gesundheit, Soziales, Familie und Integration für den Bereich Gesundheit und Arbeit verantwortlich. Zuvor leitete er von 2017 bis 2022 das Amt Medien in der Behörde für Kultur und Medien. Davor war er in der Senatskanzlei tätig, zunächst als Leiter der Leitstelle Digitale Stadt sowie in der Koordinierung der Hamburger Olympiabewerbung. Er studierte Rechtswissenschaften an der Universität Hamburg und an der Universidad de Deusto in Bilbao. Erste berufliche Erfahrungen sammelte er während seiner Einführungszeit bei der Freien und Hansestadt Hamburg sowie während seiner Abordnung zur Europäischen Kommission.

Harald Burghart

Harald Burghart ist Landesbereichsführer der Freiwilligen Feuerwehr Hamburg und belegt damit die ranghöchste ehrenamtliche Führungsposition innerhalb der Freiwilligen Feuer Hamburg. Hier übernimmt er zentrale Aufgaben in der Leitung, Koordination und strategischen Weiterentwicklung dieses Bereichs. Im Auftrag des Leiters der Feuerwehr übt er die Dienstaufsicht über die ordnungsgemäße Durchführung aller Selbstverwaltungsaufgaben der Freiwilligen Feuerwehren aus.

Kurt Leonards

Kurt Leonards ist Kapitän zur See und seit 2024 Kommandeur des Landeskommandos Hamburg. In dieser Funktion ist er der ranghöchste Bundeswehroffizier in Hamburg und verantwortlich für die zivil-militärische Zusammenarbeit auf Landesebene.

Zuvor hatte er verschiedene Führungspositionen innerhalb der Bundeswehr inne, unter anderem als Gruppenleiter M7 / Operationsbateilung im Marinekommando und Leiter der Lehre sowie stellvertretender Kommandeur an der Marineschule Mürwik. Er legte zunächst die Offiziersausbildung ab und studierte anschließend Berufs- und Wirtschaftspädagogik an der Universität der Bundeswehr München. Anschließend absolvierte er mehrere Auslandseinsätze sowie Fachlehrgänge und durchlief eine umfassende Ausbildung in verschiedenen Bereichen der Marine.

Kathrin Schuol

Kathrin Schuol ist seit 2018 Abteilungsleiterin für Öffentliche Sicherheit, Brand- und Bevölkerungsschutz der Behörde für Inneres und Sport Hamburg. Sie ist studierte Kriminologin und war zuvor unter anderem stellvertretende Leiterin des Landeskriminalamts Hamburg sowie Leiterin der Präsidialstabsabteilung 3 – Steuerung und Bekämpfung der Jugendkriminalität und der öffentlich wahrnehmbaren Drogenkriminalität. Im Sommer 2025 wird sie ihren Dienst als neue Polizeipräsidentin für die Polizeidirektion Lüneburg antreten.

Anselm Sprandel

Anselm Sprandel ist seit September 2024 Staatsrat der Behörde für Umwelt, Klima, Energie und Agrarwirtschaft. Er wurde in Neuilly-sur-Seine in Frankreich geboren und studierte Volkswirtschaftslehre und Soziologie in Heidelberg und Hamburg. Anschließend trat er in den Allgemeinen Verwaltungsdienst der Freien und Hansestadt Hamburg ein. Von 1995 bis 1997 war er Referent in der Abteilung Kindertagesbetreuung der Schulbehörde, bevor er von 1997 bis 2004 als Referent und später Leiter des Grundsatzreferats Beteiligungsverwaltung in der Finanzbehörde tätig war. Es folgten leitende Positionen, unter anderem als Leiter der Abteilung Kindertagesbetreuung und des Amts für Zentrale Dienste in der Sozialbehörde sowie als Leiter des Zentralen Koordinierungsstabs Flüchtlinge der FHH.

Roland Willner

Roland Willner ist seit August 2020 Amtsleiter des Planungsstabs der Senatskanzlei der Freien und Hansestadt Hamburg. Er studierte Politikwissenschaft und Journalistik an der Universität Hamburg und absolvierte einen Studienaufenthalt an der Griffth University Brisbane in Australien. Anschließend war er wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Hamburg und belegte Referentenpositionen in der Behörde für Schule und Berufsbildung Hamburg sowie im Bereich der strategischen Themenplanung und Controlling des Regierungsprogramms in der Senatskanzlei Hamburg.

Impressum

Helmut und Loki Schmidt-Stiftung
Neubergerweg 80 · 22419 Hamburg
info@helmut-und-loki-schmidt-stiftung.de
www.helmut-und-loki-schmidt-stiftung.de

Fotos
Hermann Jansen, www.hermannjansen.de
Oliver Franke, www.foto-oliverfranke.de

Öffentlichkeitsarbeit
Katja Wohlers

Audiotechnik
Triolution GmbH, www.triolution.de

Transkription
Ute Knutz Personal- & Korrespondenzbuero, korresp@t-online.de

Gestaltung & Satz
Strandgut GmbH, www.strandgut-werbung.de

HELMUT UND LOKI
SCHMIDT STIFTUNG

www.helmut-und-loki-schmidt-stiftung.de